AUSGABE 21.2026 | KW 42

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

eine intensive Plenarwoche im Bayerischen Landtag liegt hinter uns. Während in Berlin oft lange debattiert wird, packen wir in Bayern die konkreten Sorgen der Menschen an. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion stehen wir für einen nahbaren, verlässlichen und pragmatischen Staat, der hinschaut und handelt.

Mit der Vorstellung des Abschlussberichts der Enquete-Kommission Bürokratieabbau setzen wir ein starkes Zeichen: Unser Ziel ist ein schlanker Staat, der Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen schenkt, statt sie mit Vorschriften zu überlasten. Mit zahlreichen konkreten Handlungsempfehlungen wollen wir den Paragrafendschungel nachhaltig lichten, damit Ehrenamt, Handwerk und Kommunen wieder Luft zum Atmen bekommen. Der Staat muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt.



Genau diesen Anspruch verfolgen wir auch mit unseren aktuellen Dringlichkeitsanträgen. Mit der Initiative »Patientenrechte stärken – Einführung eines Patientenentschädigungs- und Härtefallfonds« setzen wir uns für eine schnelle, unbürokratische Hilfe in medizinischen Notlagen ein. Wer durch Behandlungsfehler oder unverschuldete Härtefälle in Not gerät, darf nicht jahrelang in juristischen Instanzen gefangen sein.

Zugleich fordern wir einen konsequent serviceorientierten Staat: Der bundesweite Direktauszahlungsmechanismus muss zielgerichtet, schnell und bedarfsorientiert weiterentwickelt werden. Staatliche Unterstützungen müssen direkt und ohne administrative Hürden bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen.

Ob Entlastung von Bürokratie, effiziente Verwaltung oder soziale Absicherung im Gesundheitswesen: Wir setzen uns konsequent für Politik ein, die im Alltag spürbar hilft. Mehr dazu erfahren Sie in diesem Newsletter.

Herzliche Grüße und eine gute Lektüre wünscht Ihnen

Alexander Hold, MdL
Vizepräsident des Bayerischen Landtags



RÜCKBLICK

ABSCHLUSSBERICHT VORGELEGT: WEGE ZU WENIGER BÜROKRATIE UND MEHR EIGENVERANTWORTUNG

Den Staat schlanker, schneller und bürgernäher machen – mit diesem Ziel haben wir nach mehr als zwei Jahren intensiver Arbeit im Bayerischen Landtag den Abschlussbericht der Enquete-Kommission zum Bürokratieabbau vorgestellt.

Um Bürger, Unternehmen, Kommunen und die Verwaltung spürbar zu entlasten, fordern wir eine zügige Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen. Kernpunkte sind die konsequente Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, der Einsatz künstlicher Intelligenz sowie vereinfachte Genehmigungs- und Förderverfahren.

Zudem müssen Berichts- und Dokumentationspflichten reduziert und neue Gesetze systematisch auf ihre Praxistauglichkeit geprüft werden. Ein spürbarer Abbau bürokratischer Hürden stärkt die Wirtschaft, entlastet die Kommunen und gibt Mittelstand, Handwerk, Landwirtschaft sowie Ehrenamt wieder mehr Raum für ihre eigentlichen Aufgaben. Auch Bund und EU stehen hierbei in der Pflicht, Regulierungen auf das Nötigste zu beschränken. Mehr dazu **[HIER]**.

BESSERER SCHUTZ BEI BEHANDLUNGSFEHLERN: BUNDESWEITER HÄRTEFALLFONDS GEFORDERT

Wenn medizinische Behandlungen schwerwiegende Folgeschäden nach sich ziehen, stehen Betroffene im deutschen Arzthaftungsrecht oft vor schier unüberwindbaren Beweishürden. Scheitert der Nachweis eines konkreten Fehlers, bleiben Patientinnen und Patienten trotz massiver Einschränkungen oft ohne finanzielle Hilfe zurück.

Diese eklatante Gerechtigkeitslücke wollen wir nicht länger hinnehmen. Mit einem Dringlichkeitsantrag setzen wir uns



im Bayerischen Landtag für eine erneute Bundesratsinitiative ein: Der Bund soll endlich einen bundesweiten, subsidiären Patientenentschädigungs- und Härtefallfonds auflegen.

Als bundesunmittelbare Stiftung soll die Anlaufstelle genau dort greifen, wo Betroffene nach gescheiterten Verfahren schutzlos dastehen. Vorgesehen ist ein zehnjähriges Modellprojekt für Behandlungen in Krankenhäusern und Klinik-Ambulanzen mit Regelentschädigungen von bis zu 100.000 Euro, die in besonders schweren Fällen auf bis zu 200.000 Euro aufgestockt werden können. Mehr **[HIER]**.

LÄNDERFINANZAUSGLEICH REFORMIEREN UND BAYERISCHE KOMMUNEN STÄRKEN

Das System des Finanzkraftausgleichs braucht dringend eine grundlegende Neuausrichtung. Bayern hat seit dessen Einführung rund 140 Milliarden Euro beigesteuert – allein 57 Milliarden Euro seit 2020. Um eine falsch verstandene Dauersubvention zu verhindern, fordern wir gerechtere Maßstäbe sowie eine Entlastung unseres Freistaats. Ein wichtiger Schritt ist hierbei die laufende Normenkontrolle vor dem Bundesverfassungsgericht.

Gleichzeitig stehen unsere Städte und Gemeinden vor enormen finanziellen Herausforderungen. Stabile

Kommunalfinanzen sind jedoch die Grundvoraussetzung für eine funktionierende Daseinsvorsorge.

Wir setzen uns daher im Bayerischen Landtag weiterhin entschlossen für unsere kommunale Familie ein: Neben bedarfsgerechten Zuweisungen bei den anstehenden Verhandlungen zum Kommunalen Finanzausgleich treiben wir den Abbau von Standards sowie die Digitalisierung der Verwaltung voran, um Bürokratie abzubauen und praxistaugliche Lösungen zu schaffen. Mehr **[HIER]**.

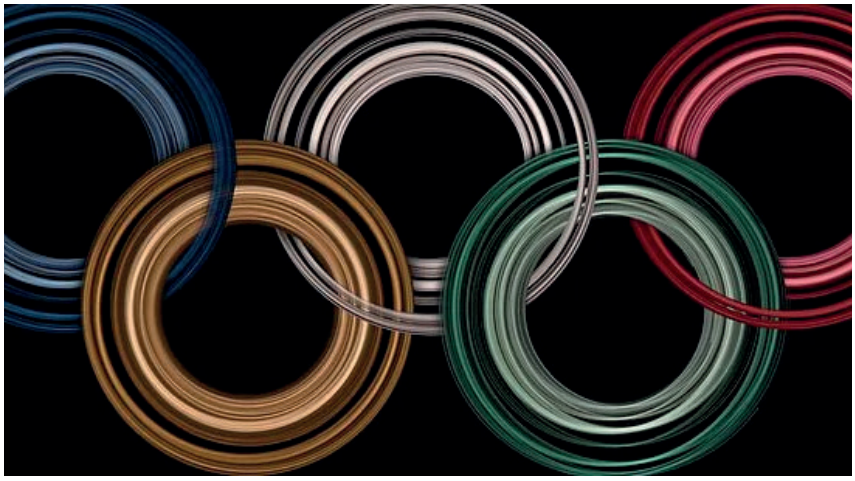
SCHNELLE HILFE OHNE BÜROKRATIE: DIREKTAUSZAHLUNG VEREINFACHEN

Ob Energiekrisen oder unvorhergesehene gesellschaftliche Herausforderungen: In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass staatliche Entlastungen die Bürgerinnen und Bürger oft zu langsam und unpräzise erreichen. Wir fordern deshalb per Dringlichkeitsantrag, den bestehenden Direktauszahlungsmechanismus rasch, flächendeckend und zielgerichtet weiterzuentwickeln.

Pauschale Entlastungen nach dem Gießkannenprinzip binden wertvolle Mittel ohne Treffsicherheit. Durch eine intelligente Verknüpfung von Steuer-ID und IBAN beim Bundeszentralamt für Steuern wollen wir direkte und unbürokratische Hilfen ermöglichen. Unser Ziel ist ein System für einkommensabhängige und maßgeschneiderte Unterstützung – bei höchster Datensicherheit und transparenten Prozessen. Mehr **[HIER]**.

RÜCKENWIND FÜR MÜNCHEN: WIR WOLLEN OLYMPIA NACH BAYERN HOLEN

Gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen im Bayerischen Landtag unterstreichen wir unsere volle Unterstützung für eine Münchner Bewerbung um die Olympischen und Paralympische Spiele 2036, 2040 oder 2044.



Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt und dem Freistaat gibt unserer Olympiabewegung für die anstehende internationale Phase starken Rückenwind.

Eine erfolgreiche Bewerbung setzt einen zentralen Impuls für den Sportstandort Deutschland. Von den Impulsen sollen vor allem Sportvereine, der Breitensport, der Schulsport sowie die regionale Infrastruktur nachhaltig profitieren.

Unsere bayerische Initiative ist längst zu einer gesamtdeutschen Bewerbung geworden, die auf breiten Rückhalt im ganzen Land bauen kann. Wir werden uns daher mit aller Kraft dafür einsetzen, dass München den Zuschlag erhält und wir ein verbindendes Sportereignis nach Bayern holen. Mehr **[HIER]**.



AUF UNSEREN KANÄLEN

ERBSCHAFTSTEUER? STREICHEN!

Seit dieser Woche befasst sich das Bundesverfassungsgericht mit unserer Klage gegen die Erbschaftsteuer. Für uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bleibt das Ziel die vollständige Abschaffung. Die Besteuerung von bereits versteuertem Eigentum belastet Familien und den Mittelstand. Länder wie Schweden und Österreich zeigen: Der Verzicht auf diese Steuer stärkt die Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. **[HIER]** geht's zum Post.



FAIRNESS STATT DAUERTRANSFER

In der Aktuellen Stunde im Landtag ging es diese Woche um den Finanzkraftausgleich. Für uns ist klar: Solidarität ist keine Einbahnstraße! Bayern zahlt jährlich Milliarden, um Löcher anderer Bundesländer zu stopfen.

Wir fordern eine Deckelung der Abgaben, die Einhaltung des Konnexitätsprinzips (Wer bestellt, bezahlt!) und echte Fairness. Leistung und Fleiß unserer Bürger dürfen nicht durch Fehlanreize bestraft werden. Mehr **[HIER]**.

BÜROKRATIE ADE!

Die Enquete-Kommission hat ihren Abschlussbericht zum Bürokratieabbau vorgestellt. Das Ziel: weniger Papierkram, schnellere Entscheidungen und ein Staat, der vertraut, statt zu kontrollieren. Für Bauanträge, Vereine und Firmen sollen Berichtspflichten entfallen sowie Verfahren durch Digitalisierung und KI drastisch verkürzt werden. Neue Gesetze müssen künftig praxistauglich sein. Mehr **[HIER]**.

BRAUCHT ES EINE ZUCKERSTEUER?

Nach langem Ringen will der Bund nun doch eine Zuckersteuer einführen. Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl lehnt eine solche Steuer ab. Denn die Sonderabgabe führt zu Bürokratie sowie Preissteigerungen und bevormundet die Bürger. Statt neuer Steuern setzen wir auf

IMPRESSUM

Alexander Hold (V.i.Sd.P.)
Salzstraße 12
87435 Kempten

Telefon 0831 9909 3001
alexander.hold@fw-landtag.de
www.alexander-hold.de



Eigenverantwortung und gezielte Ernährungsbildung. Mehr **[HIER]**.

GELD VOM STAAT DIREKT AUFS KONTO

Staatliche Hilfen dauern oft zu lange und treffen nicht genau. Wir FREIE WÄHLER fordern deshalb den flächendeckenden Ausbau des Direktauszahlungsmechanismus. Durch die Verknüpfung von Steuer-ID und IBAN im zentralen Bürgerkonto landet Entlastungsgeld im Krisenfall direkt, unbürokratisch und zielgerichtet auf eurem Konto. Mehr **[HIER]**.

WAS SONST NOCH LOS WAR:

- Gespräch zum Kommunalen Wohnungsbau für den Markt Sulzberg
- Besichtigung der Baustelle im Maximilianeum mit dem Präsidium



- Fraktionssitzung Schwäbischer Bezirkstag

Fotos © FREIE WÄHLER Landtagsfraktion | Ralf Lienert | magnific.com